



26/SN-346/ME 1 von 2

---

**AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG**

---

PrsG-212.02

Bregenz, am 10.3.1994

An das  
Bundesministerium für  
Unterricht und Kunst  
Minoritenplatz 5  
1014 Wien

Auskunft:  
Dr. Herzog  
Tel. (05574) 511-2082

BUNDESGESETZENTWURF	
Zl. <i>11</i>	-GE/19 <i>19</i>
Datum: 1 5. MRZ. 1994	
18. März 1994 <i>Immer</i>	
Verteilt	

*Dr. Klausgraber*

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz geändert wird  
(16. Schulorganisationsgesetz-Novelle);  
Entwurf, Stellungnahme  
Bezug: Schreiben vom 19.1.1994, Zl. 12.690/1-III/2/94

Zum übermittelten Entwurf einer 16. Schulorganisationsgesetz-Novelle wird  
Stellung genommen wie folgt:

- Im Hinblick auf die Neugliederung der Schulen wäre im § 3 analog der Definition für Pflichtschulen auch eine Definition der höheren Schulen im Interesse einer Klarstellung zweckmäßig. Es wird daher vorgeschlagen, dem § 3 folgenden Abs. 8 anzufügen:  
"(8) Höhere Schulen sind  
1. die allgemeinbildenden höheren Schulen in der Form mit Unter- und Oberstufe oder in den Oberstufenformen,  
2. die berufsbildenden höheren Schulen."
- Nach der Zuordnung zu den Oberstufenschulen sollte auch für Berufsschulen - entsprechend den mittleren und höheren Schulen - die Führung von Lehrgängen und Kursen zur fachlichen Weiterbildung sowie von Vorbereitungslehrgängen vorgesehen werden.

Für die Vorarlberger Landesregierung

*h*  
Dr. Guntram Lins, Landesrat

- a) Allen  
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das  
Präsidium des Nationalrates  
1017 Wien  
(25-fach)  
  
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanz-  
leramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) Herrn Bundesminister für  
Föderalismus und Verwaltungsreform  
Jürgen Weiss  
Minoritenplatz 3  
1014 Wien
- d) An das  
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst  
1010 Wien
- e) An alle  
Ämter der Landesregierungen  
z.H. d. Herrn Landesamtsdirektors
- f) An die  
Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der NÖ. Landesregierung  
1014 Wien
- g) An das  
Institut für Föderalismusforschung  
6020 Innsbruck

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:  
Der Landesamtsdirektor:

Dr. B r a n d t n e r

F.d.R.d.A.

